

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtage und Montage nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen. Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurzzettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66²/₁₀ Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postschekkonto Berlin 660.

Amerikas Stellung zum Völkerbund.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* New York, 9. November.

Kurz nach seiner Erwählung hatte Harding in einer Rede die Bemerkung gemacht, der Völkerbund sei „dead beyond resurrection“, tot, um nie wieder aufzuerstehen. Gegen diese Behauptung wendet sich der einflussreiche Parteiführer Elihu Root, der schon am 19. Oktober in einer aufsehenerregenden Rede den Standpunkt Hardings förmlich desavouiert hat. Root erklärte, gegen den Völkerbund sei vom amerikanischen Standpunkt nichts einzuwenden, sofern der anstößige Artikel 10 abgeschafft oder in einer Weise geändert werde, die dem Verlangen Amerikas nach voller Entscheidungsfreiheit Rechnung trage. Jetzt entgegnet Root Herrn Harding in einem an diesen gerichteten Telegramm entschieden, der Völkerbund sei nicht tot. Jetzt den Versäulter Vertrag aufgeben, hiesse, die ganze Arbeit noch einmal von vorn beginnen und damit die Welt in das ungeheuerlichste Chaos stürzen. Pflicht der Vereinigten Staaten sei es, auf eine Mäßigung des Vertrages im amerikanischen Sinne hinzuwirken.

Senator France veröffentlicht eine Erklärung, die er im Kongress einzubringen beabsichtigt und die den künftigen Präsidenten auffordert, alle Völker zur Entsendung von drei Delegierten nach Washington zu veranlassen, um hier in gemeinsamer Beratung festzustellen, wie weit es möglich sein würde, einen freiwilligen Zusammenschluss aller Völker unter Amerikas Führung herbeizuführen.

Harding hat am 7. d. seine Studienreise angetreten, die ihn zunächst nach Texas und von dort nach Panama führen wird. Das Anerbieten Wilsons, ihm für diese Informationsreise ein Kriegsschiff zur Verfügung zu stellen, hat Harding dankend abgelehnt. Nach seiner Rückkehr wird er die (bereits erwähnten) Konferenzen über die amerikanische Außenpolitik abhalten. Zu diesen Besprechungen werden die führenden Männer aus beiden Parteilagern eingeladen werden, sowohl Freunde wie Gegner des Völkerbundes, Freunde und Gegner der Isolierung der Vereinigten Staaten. Nach einer Zeitungsmeldung sollen auch Frauen zu den Besprechungen herangezogen werden. Bis zum Abschluss dieser Konferenzen bleiben alle Verlautbarungen über die künftige Politik Hardings bloße Vermutungen.

Zwischen den Führern der republikanischen Partei und europäischen Politikern haben bereits Besprechungen zur Frage des Völkerbundes stattgefunden. Die französischen Vertreter zeigen sich geneigt, mit Harding zu verhandeln, und äußern, Frankreich würde in eine Änderung des Statuts des Völkerbundes einwilligen, wenn Harding verspreche, die französischen Ansprüche Deutschland gegenüber zu unterstützen.

Der „New York Herald“ und die „New York Times“ lassen sich aus Paris melden, daß die französischen Völkerbund-Kreise über die Stellungnahme Hardings zum Völkerbunde beunruhigt seien. Diese Kreise hätten die Absicht, Harding zu bitten, er möge einen Vertrauensmann, am besten den früheren Botschafter in Paris Myron Herrick, nach Genf entsenden, damit dieser die Genfer Völkerbundkonferenz über die Auffassung Hardings unterrichte. Der Völkerbund werde nicht imstande sein, ohne die Mitwirkung Amerikas erprießliche Arbeit zu leisten. Die erwähnten Blätter sagen, es sei nicht gut möglich, dieser Bitte im Augenblick zu entsprechen; nicht nur weil für die Entsendung eines solchen Vertrauensmannes keine Zeit mehr vorhanden sei, sondern vor allen Dingen, weil die Ansichten Hardings über den Völkerbund noch nicht ganz geklärt seien. Europa sollte übrigens befragen, daß dem künftigen Präsidenten an dem Bestehen des Völkerbundes nichts gelegen sei; ein Stillstand oder eine langsame Auflösung des Völkerbundes würde vielmehr die Politik Hardings fördern, eine Ombudschaft der Nationen auf neuer Grundlage aufzubauen.

Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

Der deutsche Standpunkt.

Die Reichsregierung hat sich bei den Verhandlungen mit den polnischen Unterhändlern, die über den Bezug deutscher Industrieerzeugnisse Vereinbarungen treffen wollten, auf den Standpunkt gestellt, daß ein fruchtbringendes Ergebnis nur zu erwarten sei, wenn bei dieser Gelegenheit der Gesamtkomplex der wirtschaftlichen Fragen behandelt würde. Es handelt sich insbesondere um die Klärung der Stellung der polnischen Regierung zu den Fragen der Option, der Aquibation und der deutschen Ansiedler in dem Abtretungsgebiet, sowie um ein vernünftiges Verrechnungsverhältnis der Valuta an Stelle der bisherigen willkürlichen Gleichstellung von polnischer und deutscher Mark. Man

hofft, daß die polnische Regierung sich diesem Standpunkt nicht verschließen und ihre Unterhändler mit entsprechenden Vollmachten ausrüsten wird.

Die Verträge wegen Einrichtung eines direkten Personen-, Paket- und Warenverkehrs durch Oberschlesien zwischen Posen und Krakau sind abgeschlossen. Der Verkehr ist bereits aufgenommen. Täglich verkehrt ein direkter Zug Posen-Krakau und zurück durch Oberschlesien. Die Durchfahrt durch Oberschlesien nach Krakau erfolgt in geschlossenen Wagen, kein Reisender darf ober-schlesisches Land betreten. Zollrevision findet in Oberschlesien nicht statt, Pässe sind nicht erforderlich. Militärpersonen ist die Durchfahrt nicht gestattet, die Beförderung von Waffen, Munition und Militär ist verboten. Für Reisende aus Polen findet in Kempen besondere Paß- und Paketkontrolle statt. Von dort erfolgt die Weiterreise bis Pilschen, wo nach abermaliger Paßkontrolle der Anschluß an die ober-schlesischen Züge erreicht wird.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Drahtmeldung.

Paris, 10. November. (W. T. B.)

Ueber den Inhalt der Antwort der britischen Regierung auf die französische Note bezüglich des Verfahrens in der Wiedergutmachungsfrage meldet die „Agence Havas“, daß die alliierten Sachverständigen die Vorschläge der deutschen Sachverständigen anhören und entgegennehmen werden, worauf dann im Februar 1921 die alliierten Finanzminister in Genf zusammenkommen werden. Danach erst werde der Wiedergutmachungsausgleich dem Betrag der Schulden Deutschlands festsetzen, worauf dann endlich die alliierten Regierungschefs Sanktionen für die Erfüllung bestimmen werden.

Vergleich zwischen Italien und Jugoslawien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 10. November.

Der italienisch-jugoslawische Vergleich ist heute unterzeichnet worden. Fiume behält seine Unabhängigkeit.

Minderheitsregierung in Thüringen.

Drahtmeldung.

Weimar, 10. November. (W. T. B.)

Heute abend wurde nach fünfstündiger, zum Teil erregter Debatte die Regierungsbildung für Thüringen vollzogen. Gewählt wurde die sozialdemokratische Liste mit Hilfe der Demokraten und der elf Unabhängigen; die Kommunisten verhielten sich neutral, die vereinigten Rechtsparteien stimmten dagegen. Die neue Regierung für Thüringen setzt sich zusammen aus den Herren: Dr. Paulsen-Weimar (Dem.), Dr. Benz-Weimingen, von Brandenstein-Reuß (parteilos) und Fröhlich-Altendorf (Soz.). Als Staatsräte wurden gewählt: Hartmann-Rudolstadt (Soz.), Dr. Bielefeld-Sondershausen und Prof. Krüger-Gotha (Dem.). Die Einteilung der Ministerien erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Die deutsch-dänische Grenzbevölkerung.

Erklärungen Neergaards.

Kopenhagen, 10. November. (W. T. B.)

In der heutigen Sitzung des Folkethings erklärte Ministerpräsident Neergaard gegenüber dem Abgeordneten Schmidt, die Vereinbarung für ein gutes Einvernehmen zwischen der deutschen und der dänischen Bevölkerung in den Grenzlanden sei, daß ihnen auf beiden Seiten der Grenze die gleichen Rechte eingeräumt würden. Wenn der Abg. Schmidt erklärt habe, daß diejenigen, die in Flensburg dänisch gestimmt hätten, dies aus materiellen Rücksichten getan hätten, so wolle der Ministerpräsident daran erinnern, daß Flensburg eine alte dänische Stadt sei, die seit unvorstelligen Zeiten zu Dänemark gehört, und in der die dänische Nationalität seit Jahrhunderten herrsche.

Die jetzige Regierung wolle die Grenzen in jeder Hinsicht respektiert wissen, obwohl sie sie anders gewünscht hätte. Die Regierung sei bereit, das Dänentum in Mittelschlesien zu unterstützen. Der Minister habe die Zustimmung des Finanzausschusses des Reichstags erhalten, vorläufig für diese Zwecke 100 000 Kronen aufzuwenden. Es sei beabsichtigt, dänische Kultur, Sprache und Nationalität zu unterstützen. In politischer Hinsicht würde jedoch keine Unterstützung gewährt werden.

Wermuths Verantwortung.

Von Julius Eiban.

Der Berliner Magistrat hat gestern ein Ultimatum an die streikenden Elektrizitätsarbeiter beschlossen, die Arbeit bis heute mittag 2 Uhr wieder aufzunehmen. Die Arbeiter, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, werden entlassen.

Der Kaiserliche Wirkliche Geheime Rat Dr. Wermuth hat eine Zeitlang den Ruf eines Mannes von unbeugsamem Rückgrat genossen, weil er, wie man glaubte, aus sachlichen Gründen auf sein Ministeramt verzichtet und damit eine Tat vollbracht hat, die früher bei uns zu den seltenen Ausnahmen gehörte. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Ruhm, den Herr Wermuth damals in das Privatleben mit hinübernahm, verdient war. Als Oberbürgermeister von Berlin hat er jedenfalls gezeigt, daß er auch anders kann. Und man tritt weder ihm noch der Mehrheit der neuen Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin zu nahe, wenn man sagt, daß es das gerade Gegenteil von Rückenstärke war, das seine Berufung an die Spitze der neuen Verwaltung herbeiführte. Kein einziger Verwaltungsfachmann hat Gnade gefunden vor den Augen der neuen Machthaber. Er allein ward ausgewählt, der Versammlung von Parteifunktionären, die in Zukunft die Verwaltung der größten Gemeinde des Reichs darstellen soll, als Aushängeschild zu dienen, getragen von dem Vertrauen, daß er nichts tun und alles unterlassen werde.

Herr Wermuth hat die erste große Gelegenheit benutzt, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Niemals hätte der wilde Streik der Elektrizitätsarbeiter — einer Gruppe von zweitausend Leuten, die dem Kommunismus Syll als geheimes Werkzeug dienen — sich zu einem derartigen Skandal entwickeln können, wenn das Oberhaupt der Stadt Berlin das Mindestmaß von Tatkraft und Verantwortungs-freudigkeit entwickelt hätte, das man unter den heutigen Verhältnissen von jedem Mann an führender Stelle verlangen muß, und wäre er auch nur der Leiter eines kleinen Betriebes oder Funktionär einer Gewerkschaft. Das Parteiblatt der Unabhängigen, das mehrere Tage hindurch zu den Opfern des Streiks zählte und erst gestern wieder erscheinen konnte, stellt fest, daß die Elektrizitätsarbeiter völlig isoliert dastehen. Das Unbehagen, das aus der ganzen Haltung der „Freiheit“ spricht, könnte Herrn Wermuth zeigen, daß er ein allzu „frommer Knecht“ gewesen ist und seinen Auftraggebern keinen Gefallen getan hat dadurch, daß er die Dinge treiben und so weit treiben ließ.

In der Nacht zum Sonnabend haben die Elektrizitätsarbeiter Knall und Fall die Arbeit niedergelegt und ohne Rücksicht auf Krankenanstalten, auf Leben und Sterben einer Millionenbevölkerung den Betrieb zum Stillstand gebracht. Ihr Führer hat sich damit gebrüht, daß man diesmal so schlau gewesen sei, durch Sabotageakte das Eingreifen der Technischen Nothilfe zu erschweren und zu verzögern. Aber dieser Akt der „Vorsicht“ wäre, wenn es nach Herrn Wermuth gegangen wäre, überflüssig gewesen; denn das Oberhaupt der Stadt Berlin dachte gar nicht daran, irgend etwas Ernstliches zu unternehmen, um den lebenswichtigen Betrieb wieder in Gang zu bringen. Der Magistrat der Stadt Berlin ist, wenn wir recht unterrichtet sind, mehrfach von Regierungsstellen, insbesondere auch vom Berliner Polizeipräsidenten, aufgefordert worden, den von allen Organisationen mißbilligten Gewaltstreik mit der Entlassung der Leute zu beantworten, die sich ohne Begründung weigerten, die für die Gesamtheit notwendige Arbeit zu leisten. Die Initiative des Berliner Magistrats reichte aber gerade so weit, um die Technische Nothilfe, die in den Betrieben eingesetzt war und sie trotz der Sabotageerfuche wieder in Gang gebracht hatte, wieder zu entfernen, nachdem die unter Bruch ihrer Verpflichtungen Streikenden sich bereit erklärt hatten, wenigstens dafür zu sorgen, daß die Straßenbeleuchtung einigermaßen wieder hergestellt werden konnte und daß dem glatten Mord, den die Nichtversorgung der Krankenhäuser bedeutete, ein Ende gemacht wurde.

Das Gegebene wäre gewesen, bei dieser Gelegenheit die Wiederaufnahme der Arbeit als Vorbedingung der Entfernung der Technischen Nothilfe zu fordern. Es ist kein Zweifel, daß diese Forderung unter dem Druck der gesamten Arbeiterschaft, die klar erkannte, daß der kommunistische Streik in erster Linie eine Machtprobe gegen die Gewerkschaften bedeutete, angenommen worden wäre, zumal unter Fachleuten kein Zweifel darüber bestand, daß die Technische Nothilfe ohne weiteres imstande wäre, in kurzer Zeit die Stromversorgung zu sichern. Bei dieser Gelegenheit hätte auch die Frage aufgeworfen werden müssen, ob eine Verhandlung über die Lohnforderung nicht von der Tatsache auszugehen hätte, daß die Belegschaft der Werke weit über das Maß, das durch die Arbeitszeitverkürzung im besten Fall